

# Billiges Benzin für alle? Das macht alles nur noch schlimmer

**Energiekrise** Weltweit greifen Staaten zu Tankrabatten und Preisdeckeln, die schon 2022 kaum halfen. Fachleute warnen: Die populären Massnahmen schaden.

**Armin Müller**

Die deutsche Regierung hat am Montag ein «Energie-Sofortprogramm» beschlossen, mit dem die Autofahrenden entlastet werden. Es wirkt wie ein Déjà-vu aus dem Jahr 2022: Die Mineralölsteuer wird für zwei Monate um 17 Cent gesenkt, und ein steuerfreier Bonus bis zu 1000 Euro für Arbeitnehmende soll die Belastung mindern.

Seit der Hormuz-Blockade sind die Energiemärkte im Ausnahmezustand. Die Internationale Energieagentur (IEA) spricht vom grössten Lieferunterbruch der Geschichte. Der Preis für Rohöl der Sorte Brent liegt über 100 Dollar pro Fass, und an den Schweizer Tankstellen kostet ein Liter Benzin (bleifrei 95) gemäss TCS im Schnitt 1.87 Franken, Diesel 2.14 Franken.

Höhere Benzinpreise bergen Empörungspotenzial. Politikerinnen und Politiker haben deshalb starke Anreize, den Staat als Helfer einzusetzen. Der politische Reflex, den Treibstoffpreis zu drücken und Autofahrende zu entlasten, ist naheliegend.

## Hohe Preise senden eine wichtige Botschaft

Weltweit greifen Regierungen deshalb erneut zu Massnahmen, die populär sind, aber von Fachleuten einhellig als problematisch eingestuft werden – und die sich bereits in der letzten Energiekrise nach dem russischen Angriff auf die Ukraine als wenig hilfreich oder gar schädlich erwiesen haben.

Trotz Warnungen von internationalen Organisationen und unabhängigen Ökonominen und Ökonomen haben Länder wie Kroatien, Polen, Ungarn und Südkorea Preisdeckel für Treibstoffe eingeführt. Frankreich, Griechenland, Irland und Brasilien subventionieren den Energieverbrauch.

Noch mehr Länder haben die Energiesteuern oder die Mehrwertsteuern auf Treibstoffe gesenkt, in Europa zum Beispiel Österreich, Italien, Kroatien, Tschechien, Irland, Polen, Portugal, Spanien und Schweden.

Die zentrale Lehre aus früheren Energiekrisen ist eindeutig: Wenn Energie knapp und teuer wird, sollte der Staat den Schmerz nicht einfach für alle künstlich ausschalten oder wegsubventionieren. Denn genau dann braucht es das Preissignal. Hohe Preise sind unangenehm, aber sie senden eine wichtige Botschaft an Unternehmen und Haushalte: Energie ist knapp, also lohnt sich das Sparen.

Wer dieses Signal mit Preisdeckeln, pauschalen Rabatten oder Steuersenkungen ausschaltet, erreicht oft das Gegenteil dessen, was in einer Krise nötig wäre. Wenn der Staat den Preisanstieg abfedert, sinkt der Anreiz, Fahrten zu reduzieren, Fahrgemeinschaften zu bilden, den ÖV zu nutzen oder auf sparsamere Technologien umzusteigen.

Was kurzfristig gut aussieht, kann deshalb die Krise verlängern. Wenn viele Länder gleich-



Preiserhöhungen an der Tankstelle sorgen für Empörung und fragwürdige staatliche Massnahmen. Foto: Ela Çelik

## Gut gemeint, aber kontraproduktiv

Sofortmassnahmen zur Unterstützung der Energiekonsumenten

Massnahmen	Länder
<b>Preisdeckel für Treibstoffe</b>	Kroatien, Polen, Serbien, Südkorea, Thailand, Ungarn
<b>Treibstoffsubventionen</b>	Brasilien, Äthiopien, Frankreich, Griechenland, Indonesien, Irland, Philippinen
<b>Senkung von Energiesteuern</b>	Albanien, Australien, Brasilien, Chile, Deutschland, Indien, Irland, Laos, Lettland, Kroatien, Namibia, Österreich, Philippinen, Portugal, Schweden, Serbien, Slowenien, Südafrika, Spanien, Tschechien, Türkei, Sambia

Tabelle: arm / Quelle: IEA

## Von Fachleuten empfohlen

Ergriffene Sofortmassnahmen zum Energiesparen

Massnahmen	Länder
Homeoffice-Tage für öffentliche Verwaltung	Ägypten, Indonesien, Laos, Malaysia, Pakistan
Regelungen für Klimaanlagen in der Verwaltung	Bangladesh, Kambodscha, Jordanien, Philippinen, Sri Lanka, Thailand
Einschränkungen für Dienstreisen	Ägypten, Indonesien, Jordanien, Malaysia, Nepal, Pakistan, Sri Lanka, Südkorea, Vietnam
Förderung und Verbilligung ÖV	Ägypten, Bangladesh, Chile, Laos, Litauen, Pakistan, Philippinen

Tabelle: arm / Quelle: IEA

zeitig den Verbrauch künstlich stützen, bleibt die Nachfrage hoch, obwohl die Energieversorgung unter Druck steht.

## Einkommensabhängige Barzahlungen

Pauschale Steuersenkungen und Preisdeckel funktionieren nach dem Giesskannenprinzip: Sie entlasten den wohlhabenden Besitzer eines schweren Geländewagens deutlich stärker als

die Alleinerziehende, die für ihre Arbeit auf einen Kleinwagen angewiesen ist. Zudem kosten sie den Staat in Zeiten leerer Kassen viel Geld.

Das heisst nicht, dass der Staat in einer Energiekrise untätig bleiben muss. Aber viele Fachleute, von der IEA über die OECD bis zum Internationalen Währungsfonds, empfehlen etwas anderes: gezielte Hilfe statt billiger Energie für alle. Wer wenig verdient oder

besonders verletzlich ist, soll direkt unterstützt werden, etwa mit befristeten Zuschüssen.

Einige Länder gehen inzwischen in diese Richtung. Südkorea und Japan haben einkommensabhängige Barzahlungen eingeführt, Grossbritannien zahlt Heizkostenzuschüsse für arme Haushalte, und Neuseeland sowie Irland unterstützen gezielt verletzte Familien, Pensionierte und Menschen mit Behinderungen.

Solche Massnahmen sind politisch weniger spektakulär als ein Tankrabbat, aber ökonomisch meist treffsicherer. Sie helfen dort, wo hohe Energiepreise sozial wirklich schmerzen, statt allen das Tanken etwas günstiger zu machen.

## Mehr Homeoffice und Temporeduktionen

Fachleute raten ausserdem zu Energiesparmassnahmen, die die Nachfrage drosseln. Dazu gehören die Förderung von Homeoffice, Temperaturbegrenzungen in Gebäuden, weniger Dienstreisen für Behörden, Temporeduktionen auf Strassen, die Stärkung des öffentlichen Verkehrs und Informationskampagnen zum Energiesparen. Vor allem asiatische Länder haben solche Massnahmen ergriffen.

In der Schweiz zeigt sich die Regierung bisher resistent gegen den Ruf nach Staatsinterventionen. Bundesrat Albert Rösti und Bundespräsident Guy Parmelin betonen, dass die Versorgungssicherheit gewährleistet sei und der Markt die Preise regeln müsse.

Schon in der Ölkrise der 1970er-Jahre vertraute der Bundesrat auf defensive Instrumente zur Nachfragedrosselung – er verordnete drei autofreie Sonntage sowie Tempolimit 100 auf den Autobahnen. Auch nach dem Preisschock infolge des Ukraine-Kriegs verzichtete der Bundesrat auf Tankrabatte und Preisdeckel. Stattdessen setzte er auf Versorgungssicherheit und Sparkampagnen.

## Politiker machen Druck auf den Bundesrat

Doch der Druck im Bundeshaus steigt. Auf der linken Seite des politischen Spektrums fordert SP-Nationalrat Benoît Gaillard vom Bund strengere Kontrollen und schlägt eine Benzin-

preis-Taskforce vor, um Übergewinne der Ölkonzerne zulasten der Konsumenten zu verhindern. Gemäss SP-Nationalrätin Martine Docourt soll es wieder autofreie Sonntage geben, so wie in der Ölkrise 1973. Sie fordert den Bund auf, deren Einführung in den Kantonen gesetzlich zu vereinfachen.

SVP-Nationalrat Thomas Knutti fordert einen temporären Verzicht auf die Mineralölsteuer. Wenn nur die reine Mineralölsteuer gestrichen würde und diese Entlastung vollständig an

## Lehren aus früheren Energiekrisen sind im Ernstfall politisch schwer durchzuhalten.

der Tankstelle ankäme, entspräche das rund 49 beziehungsweise 52 Rappen weniger pro Liter, weil dann auch die Mehrwertsteuer auf diesem Teil wegfiel.

Die hektischen Massnahmen vieler Regierungen machen deutlich: Was politisch am verlockendsten ist, nützt oft wenig. Und was ökonomisch am sinnvollsten wäre, lässt Politikerinnen und Politiker untätig und hart erscheinen.

Sie greifen deshalb immer wieder zu problematischen Instrumenten. Nicht weil sie die Lehren aus früheren Energiekrisen vergessen haben, sondern weil diese im Ernstfall politisch schwer durchzuhalten sind.